Aus den Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland –

Zweiter überarbeiteter Entwurf

IV. Für einen Richtungswechsel

Noch herrscht der neoliberale Zeitgeist. Neue Streiks, die Demonstrationen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV sowie die Wahlerfolge der Linken zeigen, dass dies nicht so bleiben muss. Bürgerinnen und Bürger beginnen sich zu wehren. Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel beizutragen. Deshalb haben wir uns auf folgende strategische Ziele verständigt:

■ Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und Entwicklung von Alternativen: Wir setzen der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen Entwicklungsweges entgegen. Diese werden wir mit den Erfahrungen und Konflikten in den Betrieben und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und Widersprüchen, die die kapitalistische Ökonomie hervorbringt. In der öffentlichen Debatte hebt die Linke den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive hervor. Dringlich sind Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, breit angelegte Bildungsarbeit, Bildung von Netzwerken und das Eingreifen in wissenschaftliche Diskussionen.

■ Bündnis gegen den Neoliberalismus: Die Überwindung des Neoliberalismus wird nur gelingen, wenn sich in der Gesellschaft ein breites Bündnis und eine politische Sammlungsbewegung für einen Richtungswechsel formieren. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitender in der Bundesrepublik und im europäischen und internationalen Maßstab aus. Wir wollen zu einem sozialen Bündnis beitragen, das hochqualifizierte Beschäftigte und Kernbelegschaften wie auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätige sowie Erwerbslose, Selbständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammenführt. Wir werden Bündnisse gegen den Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen. Wir wollen alle Menschen ansprechen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen, unabhängig von ihrer Herkunft und Weltanschauung.

■ Strategische Zusammenarbeit: Die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist nur möglich, wenn sich die politische Linke gemeinsam mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen, Initiativen, progressive Wissenschaft und Kultur aktiv gegen den Neoliberalismus und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft stellt. Als Partei werden wir die Anliegen und Aktivitäten dieser Bewegungen aufgreifen und unsere eigenen Funktionen wahrnehmen. Wir werden unsere Mitglieder bestärken, in diesen Bewegungen aktiv mitzuwirken.

■ Außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit: Wir werden die Bürgerinnen und Bürger gegen die Projekte des Neoliberalismus mobilisieren und setzen uns für eine neue Sammlungsbewegung ein. Politische Kämpfe und Wahlen dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte zu vertreten und um Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu streiten. Die parlamentarische Arbeit werden wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der Transparenz politischer Prozesse, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht, der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient.

■ Gesellschaftlicher Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltungsanspruch: Die Linke wird gesellschaftlichen Protest, die Entwicklung von Alternativen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen. Regierungsbeteiligung ist für die Linke ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind. Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Errichtung von Barrieren gegen die neoliberale Offensive, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben; d. h. die Veränderung der Kräfteverhältnisse und ein Beitrag zur Einleitung eines Politikwechsels. Die Linke ist - auch in der Regierung - nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und wie sie gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik braucht die weiter treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung. Wir gehen parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel der Politik befördert. Wir stehen zugleich für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung. Den unterschiedlichen Möglichkeiten auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene politischen Wirkens werden wir in unserer Politik Rechnung tragen. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist dabei die bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig sind, hier erfolgen die meisten Weichenstellungen.

■ Wirken in der Partei der Europäischen Linken: Die Partei der Europäischen Linken ist ein neuer Faktor im politischen Leben Europas. Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und bietet die Möglichkeit, zusammen das Kräfteverhältnis in Europa nach links zu verschieben. Gemeinsame Projekte für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa können erfolgreich sein.

Wir wollen eine Welt schaffen, in der die Würde jeder und jedes Einzelnen wirklich unantastbar ist, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden vereint sind, in der die Menschen im Gleichklang mit der Natur leben. Dazu wirken wir für ein breites Reformbündnis. Gemeinsam streiten wir dafür, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist.

Aus der Rede von Lothar Bisky auf dem Programmkonvent von WASG und Linkspartei.PDS am 30. September 2006 in Hannover

Es gibt große kulturelle Unterschiede zwischen der PDS und der WASG. Es gab einen Riesenerfolg bei den Bundestagswahlen 2005. Das waren die ersten Schritte zu einer gemeinsamen linken Partei, auch in Deutschland. Das Geheimnis des Erfolges 2005 lag auch darin, die Unterschiede produktiv zu machen, im gemeinsamen Wahlkampf eine gerechtere Politik zu entwerfen und konsequent zu vertreten über den Wahltag hinaus. Es ist europäische Normalität, dass die Sozialdemokratie Druck von links bekommt, damit Veränderungen unter friedlichen, demokratischen und sozialen Vorzeichen möglich werden.

Deshalb kommen wir um eine programmatische Debatte nicht herum. Sie ist ein Stück des Produktivmachens unserer eigenen Verschiedenheit, unserer tatsächlich ganz unterschiedlichen Erfahrungen und unseres gemeinsamen Wollens, dass der Mensch im Mittelpunkt der Politik steht. Mit der programmatischen Debatte haben wir die Chance, für uns und für andere die Frage zu beantworten:

- Warum haben sich zwei Parteien aufgemacht, eine neue linke Partei zu gründen?
- Wie ist unsere Sicht auf gesellschaftliche Konflikte im Land, in Europa, in der Welt?...
- Welches sind unsere Visionen?
- Welche politischen Projekte stellen wir in den Mittelpunkt unseres Handels in den nächsten 10 bis 15 Jahren? Und wir müssen sagen, wie und mit wem wir diese Projekte durchsetzen wollen.

1. Ich finde es nicht verwunderlich, dass die gemeinsamen Antworten noch ausbaubar und sicher auch des (Hinter-) Fragens würdig sind. Ein analytisch gearbeitetes Programm kann sich erst die neue Partei geben. Wir sind hier bei den Vorarbeiten. Wir können unseren Parteineubildungsprozess wohl kaum mit der dürftigen Behauptung pflastern, dass bei uns der wahre demokratischen Sozialismus aufgehoben ist und anderswo nicht. Wir können unseren historischen Bezug nur herstellen, indem wir selbst Sozialismustheorie weiterentwickeln im Sinne eines transformatorischen, internationalistischen Projektes. In den Eckpunkten ist diese Aufgabe formuliert, die Arbeit aber liegt noch weitgehend vor uns.

2. Der Neugründungsprozess ist alles andere als einfach. Die Mitglieder der Programmgruppe haben am Konsensverfahren festgehalten. Das bedeutet Verzicht auf liebgewordene Formulierungen, ja auf ganze Theoriegebäude. Das Ergebnis ist ein Abbild der gemeinsamen Debatte. Als solches sollten die Eckpunkte auch gelesen werden. Ihre unmittelbare Funktion ist daran zu messen, ob sie tauglich sind, als Entwurf für die Gründungsdokumente der neuen Partei zu dienen. Nicht mehr und nicht weniger. Überarbeitungen eingeschlossen. Der Konvent wird Wesentliches für die Überarbeitung festhalten. Entscheidend aber wird er sein für unsere zukünftige Politik und für die Art, wie wir unsere zukünftige Politik gemeinsam entwickeln.

3. Wir müssen unser eigenes Verhältnis von Theorie und Praxis, von programmatischer Debatte und erfolgreicher Politik bestimmen. Wir müssen uns verständigen, wie wir strategisch für ein Leben in Würde, für eine friedlichere Welt vorwärts kommen. Dabei hilft manchmal der Blick zu linken Parteien in unseren Nachbarländern, manchmal auch ein Blick auf unsere Fehler

4. Damit komme ich abschließend zu einem Problem, was linke Theorie, linke Programmatik, auszeichnet. In den Eckpunkten ist die Dominanz linkskeynesianischen Denkens nicht zu übersehen. Doch reicht dies heute aus, um gesellschaftliche Veränderungen zu begreifen, um die kreativen Potenziale zu befördern, damit Menschen überhaupt in der Lage sind, Probleme neu zu formulieren und Lösungen von sich selbst und der Politik zu verlangen? Mir kommt die Rolle von Kultur, Medien, Wissenschaft und Bildung zu kurz, nicht bei den Politikfeldern selbst, sondern im Grundansatz. Gesellschaft ist immer mehr als der volkswirtschaftliche Blick. Nicht alle Innovationen kommen aus der Wirtschaft selbst. Was der Markt verschlingt und was er ausspuckt, das wissen wir selbst am besten, wenn wir allein die Medienlandschaften unter die Lupe nehmen. Wir sind weit entfernt von dem, was ideal überhöht Wissensgesellschaft genannt wird. Indessen ist ein wachsendes Informationsproletariat klar erkennbar, und die Umrisse einer Mediengesellschaft, in der sich die Mediokratie (die Regeln der Medien bestimmen die Regeln des Politischen) zur Gefahr für die Demokratie entwickelt.

Das sollte uns Linke wesentlich mehr interessieren. Dazu gehören auch die Debatten zum Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Das soziale Profil der Linken muss kulturell unterfüttert werden. Darüber müssen wir uns programmatisch und strategisch Gedanken machen, nicht indem wir alles verwerfen, sondern neu zusammen denken. Wenn wir also über die „große Produktion“ im Brechtschen Sinne nachdenken, dann sind wir ganz schnell bei der entscheidenden Frage, wen wir politisch ansprechen wollen, wessen Interessen eine neue linke Partei wird artikulieren können und wessen Interessen wir artikulieren wollen.

Gedanken zu den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern

Die recht unterschiedlichen Wahlergebnisse in beiden Ländern fordern zu einigen Überlegungen heraus.

In Mecklenburg-Vorpommern erreichte die Linkspartei trotz Beteiligung an einer komplizierten Regierungspolitik in einem der ärmsten Bundesländer einen achtbaren Ausbau ihrer Positionen bei gleichzeitigem Einbruch des größeren Koalitionspartners. Dem ging nicht nur eine hervorragende fachliche Leitung der linken Minister voraus. Die linke Parteispitze um Methling und Holter verstand es auch deutlich zu machen, dass die Linkspartei bei aller Koalitionstreue eine unabhängige politische Gegenkraft zum neoliberalen Kurs der SPD ist und bleibt mit guten Aussichten für die Zukunft. Folgerichtig wurde SPD-Ministerpräsident Ringsdorf insbesondere von der Bundesebene genötigt, die Weiterführung der Koalition mit der Linkspartei aufzukündigen. Für unsere Genossen in Schwerin dürfte sich eine günstige Ausgangslage als Oppositionspartei ergeben.

Nahezu spiegelverkehrt stellt sich die Lage in Berlin dar. Günstige Ausgangsbedingungen für die PDS, als sie die Koalition mit Wowereits SPD einging. Sie konnte sich nicht nur auf starke Positionen in allen Ostbezirken stützen. Sie war auch von jedem Makel des Bankenskandals und anderer katastrophaler Fehlleistungen der vorangegangenen großen Koalition frei. Was man vom größeren Koalitionspartner SPD beileibe nicht sagen konnte.

Die fachliche Leistung unserer linken Senatoren verdient sicherlich großen Respekt. Aber das reichte nicht aus, um aus der Koalitionsteilnahme auch einen durchaus möglichen politischen Erfolg zu machen. Unsere Berliner Genossen waren dem politischen Geschick Wowereits nicht gewachsen. Es gelang ihnen nicht, sich als unabhängige, kämpferische Gegenkraft darzustellen. Im Gegenteil, es entstand der Eindruck, dass man mit dem „System Wowereit die Linkspartei „entzaubern“ und auch in ihren Hochburgen schlagen kann. Das könnte für die SPD (auch für die Bundesspitze) einer der Gründe sein, die Koalition mit der Linkspartei erneut zu suchen.

Es mag schwierig sein, das Koalitionsangebot der SPD abzulehnen. Die Berliner Genossen sollten aber bedenken, dass sie dieses Mal unter bedeutend schlechteren Bedingungen mitregieren würden als vor vier Jahren. Das Risiko, zum Schaden der linken Sache vor den Karren der Wowereitschen Sanierungspolitik gespannt zu werden, ist ungleich größer geworden. Es beinhaltet auch ein Risiko für die Bildung der vereinigten Linkspartei im nächsten Jahr.

Harry Schneider